

ARGUMENTATIONSHILFE

Geheimdienste

DIE LINKE.

THEMA

GEHEIMDIENSTE

Geheimdienste sind ein Fremdkörper in der Demokratie. Sie schützen nicht den demokratischen Verfassungsstaat sondern entziehen sich systematisch jeder demokratischen Kontrolle. Durch ihre Intransparenz und den Vorrang des Informant*innen-Schutzes (V-Leute) behindern sie polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung. Ob NSU, das nie realisierte No-Spy-Abkommen gegen die Totalausspähung durch ausländische Geheimdienste in Deutschland oder der Anschlag am Berliner Breitscheidplatz, immer waren die Geheimdienste Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Die Abwehr von Gefahren ist Aufgabe einer demokratisch kontrollierten Polizei. Deshalb wollen wir den Verfassungsschutz und perspektivisch alle Geheimdienste abschaffen und ihn durch eine Beobachtungsstelle »Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« ersetzen. Als erstes muss der Einsatz von V-Leuten beendet werden. Allein im Bundestag hat es seit 2006 vier Parlamentarische Untersuchungsausschüsse zu Geheimdienst-Skandalen gegeben (NSU, No-Spy-Abkommen, Journalistenbespitzelung durch den BND, Breitscheidplatz-Attentat). Doch die Aufklärung musste Stückwerk bleiben. Die Dienste berufen sich auf den Schutz ihrer Kooperation mit anderen Geheimdiensten oder schützen ihre Zuträger, die z.B. aus der Nazi- oder Islamistszene kommen. Parlamentarische Kontrolle wird so weitgehend ausgehebelt.

Geheimdienste sind zudem Datenkraken und gefährden die Datensicherheit. Wir wollen das gesetzlich verhindern. Für die Datensicherheit ist das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) zuständig.

Was sagen die anderen?

CDU und **SPD** bekennen sich generell zu Verfassungsschutz und Geheimdiensten. Schwächung des Verfassungsschutzes ab und tritt für die Ausweitung der Kompetenzen ein.

Die **FDP** will die Zahl der Landesämter verringern und die parlamentarische Kontrolle verbessern.

Die **AfD** will vor allem die eigene Überwachung durch den Verfassungsschutz beendet wissen.

Die Grünen wollen den Verfassungsschutz auf Gefahren- und Spionageabwehr begrenzen und durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ergänzen.

LINKE Gegenargumente

Die Skandale der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Geheimdienste nicht die Sicherheit erhöhen, sondern (wie beim NSU) Gefahren verstärken. DIE LINKE hat ein umfassendes Konzept für eine Beobachtungsstelle »Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« entwickelt. In Thüringen zeigen wir, dass erste Schritte zu einer Abrüstung des Verfassungsschutzes (Verzicht auf V-Leute, Förderung zivilgesellschaftlicher Beobachtung demokratiefeindlicher Bestrebungen) möglich sind. Als ersten Schritt auf diesem Weg, wollen wir die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste effektiv verbessern und die Ausweitung der Überwachungsbefugnisse verhindern.